

BUND im Gespräch zum Ausbau des Elbe-Lübeck-Kanals beim "Wirtschaftsrat der CDU"

Am 12. April 2018 befasste sich der „Wirtschaftsrat der CDU e.V., Landesverband Schleswig – Holstein“ in Meiers Gasthof in Berkenthin mit der Problematik zum geplanten Ausbau des Elbe-Lübeck-Kanals (ELK). Zu dieser Sitzung, zu der auch externe Gäste zugelassen waren, hatte der Wirtschaftsrat vier Referenten eingeladen: Lars Schöning von der Industrie- und Handelskammer Lübeck (IHK), MdB Norbert Brackmann, vor Kurzem zum neuen „Maritimen Koordinator“ der Bundesregierung ernannt, Andreas Dohms, Leiter der Projektgruppe „Ausbau des Elbe-Lübeck-Kanals“, angesiedelt beim Neubauamt Hannover, sowie Dr. Heinz Klöser, Vorstandsmitglied im BUND Herzogtum Lauenburg und Sprecher des BUND-Landesarbeitskreises Naturschutz.

Nach der Begrüßung und kurzen Einführung von Herrn Rudolph Freiherr von Schröder, Sprecher der Sektion Herzogtum Lauenburg des Wirtschaftsrates, stellten Lars Schöning und MdB Norbert Brackmann dar, was aus ihrer Sicht den Ausbau des Elbe-Lübeck-Kanals unausweichlich mache. Dabei wiesen sie auf die spezielle geographische Situation des Kanals hin, auf die angebliche Umweltfreundlichkeit größerer Binnenschiffe mit modernen, in Entwicklung befindlichen Gasantrieben und den erwarteten Wachstumsschub für die Kanalregion, für Deutschland und Europa.

Danach stellte Andreas Dohms den Auftrag zur Ausbauplanung sowie die wesentlichen Rahmenbedingungen und Verfahrensschritte dar. Erste Vorplanungen seien bereits eingeleitet. Mit Verweis auf die Projektbeschreibung zum Bundesverkehrswegeplan 2030 (Projekt W33) zeigte er, dass danach zunächst lediglich der Bereich zwischen der Schleuse Lauenburg und der Einmündung in die Trave veranschlagt worden war. Da aber die Gesamtrichtung zwischen der Elbe und der Außentrave als durchgehender Verkehrsweg gleichwertig entwickelt werden muss, werden die bisher fehlenden Bereiche, im Süden die Mündungsstrecke in die Elbe (Länge ca. 500 m) und im Norden die Kanaltrave vom ELK bis zu den Lübecker Hubbrücken (Länge 5,6 km) ebenfalls in die Planung aufgenommen. Mit Verweis auf das Wasserstraßenausbaugesetz (§4) wurde außerdem erläutert, dass alle Projekte des Bundesverkehrswegeplanes 2030, so auch dieses, nach jeweils fünf Jahren hinsichtlich des Bedarfes erneut geprüft werden. Ergebnisse aus dann vorliegenden Vorplanungen würden sicherlich in diese Prüfung mit einfließen.

Als vierter Referent hatte Dr. Heinz Klöser die Möglichkeit, die Bedenken des BUND vorzutragen. Er wies zunächst auf Lebewesen und Landschaften hin, die durch den Ausbau besonderen Gefährdungen ausgesetzt würden, sowie darauf, dass die Funktion der Kanalniederung als Verbundachse für Tier- und Pflanzenarten bei einer eventuellen Begradigung der Doppelkurve Güster/Siebeneichen unterbrochen würde. Ebenso ging Dr. Klöser auf Risiken für die Erhaltung der Kulturdenkmäler wie die historischen Schleusen- und Brückenbauwerke ein. Danach zeigte er auf, dass das Binnenschiff aufgrund der Daten des Umweltbundesamtes keineswegs als umweltfreundliches Verkehrsmittel anzusehen ist, sondern im Vergleich von Energieverbrauch und Emissionen weit ungünstiger als die Güterbahn, die überdies leistungsfähiger und flexibler als das Binnenschiff ist. Auch im Flächenverbrauch würden die Bahnlinien erheblich günstiger abschneiden als Schifffahrtswege. Gleichwohl befürwortete der BUND den Erhalt und die Nutzung des Kanals in seiner jetzigen Form und begrüßte die Absicht von Herrn MdB Brackmann, Binnenschiffe mit umweltfreundlichen Antrieben ausrüsten zu lassen. Dr. Klöser wies darauf hin, dass der

Bund Deutscher Binnenschiffer jüngst gefordert hat, wieder kleinere Schiffe auf Kiel zu legen, die auch den Elbe-Lübeck-Kanal und weitere vergleichbare Kanäle ohne weiteren Ausbau befahren können. Schließlich präsentierte Dr. Klöser statistische Daten, denen zufolge die Zukunftsaussichten der Lübecker Häfen einen ELK-Ausbau nicht rechtfertigen könnten. Außerdem verglich er die Umsätze der Lübecker Hafenbetriebsgesellschaft mit den wesentlich höheren Umsätzen im Tourismus der Hansestadt Lübeck und des Landkreises Herzogtum Lauenburg. Aufgrund der zu erwartenden Beeinträchtigungen der bislang weitgehend intakten und erlebenswerten Landschaft in der Kanalregion, die eine notwendige Voraussetzung für den Tourismus im Kreis sei, kam Dr. Klöser zu dem Schluss, dass der Ausbau des Kanals voraussichtlich eher Arbeitsplätze kosten würde als neue zu schaffen.

Es schloss sich eine intensive Diskussion an, die sachlich, durchaus fair und in wechselseitigem Respekt geführt wurde. Herr MdB Brackmann wies darauf hin, dass die Bahn als Alternative zur Binnenschifffahrt nicht attraktiv sei, da sie deutlich teurer sei, mit Steuermitteln gestützt werden müsse und auch nicht über die notwendige Infrastruktur verfüge. Herr Hans-Heinrich Stamer, BUND-Kreisvorstandsmitglied, widersprach dem mit dem Hinweis, daß die ATR in Ratzeburg, die sich vormals für den Kanalausbau zur Optimierung ihres überregionalen Landhandels ausgesprochen hatte, kürzlich umgeschwenkt sei und nun den Neubau eines Gleisanschlusses für eine 600 m Ganz-Zug-Länge beantragt hat. Herr Stamer wies darüber hinaus darauf hin, dass der Elbe-Lübeck-Kanal ein berichtspflichtiges Vorranggewässer gemäß der EU-Wasser-Rahmenrichtlinie darstelle. Herr Schöning plädierte dafür, dass der ELK zukünftig wieder häufiger befahren werden solle und dass dies auch dem Erlebniswert des Kanals dienen könne. Dr. Klöser ergänzte daraufhin, dass gerade in Mölln als zentralem Ort Möglichkeiten bestünden, eine für Touristen attraktive Wasserfront und Marina zu schaffen. Herr Dr. Bertram Zitscher (Wirtschaftsrat der CDU) stellte die Frage, warum sich der BUND nicht auf Naturschutzfragen beschränken würde, und ob es nicht besser sei, Wirtschaftsfragen den Experten zu überlassen. Dr. Klöser begegnete diesem Einwand mit dem Hinweis darauf, dass der BUND eben für Umweltschutz UND Naturschutz eintritt, und dass der beste Schutz für beide sei, wenn Ausbauprojekte gar nicht erst durchgeführt werden müßten. Deshalb sei es legitim, wenn der BUND auch finanzielle und wirtschaftliche Erwägungen dazu anstellt. Auch Steuergelder seien eine Ressource, mit der im Sinne der Nachhaltigkeit sparsam umzugehen sei.

In seinem Schlusswort griff Freiherr von Schröter die von Dr. Klöser aufgestellte Forderung nach einem Konzept, daß der Allgemeinheit diene, auf und versicherte, dass dies sicher das Anliegen aller Anwesenden sei. In den Gesprächen im Nachgang der Sitzung wurde deutlich, dass sowohl beim Wirtschaftsrat der CDU als auch beim BUND Interesse und Bereitschaft besteht, die begonnene Diskussion fortzusetzen.